

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 7 (1917)
Heft: 41

Rubrik: Berner Wochenchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

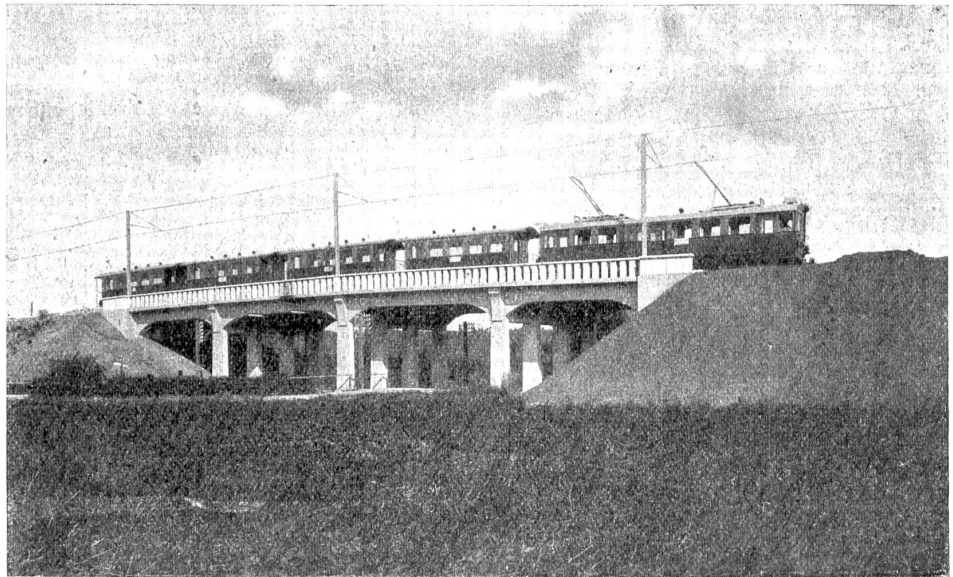
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Einweihung der Langenthal-Melchnau-Bahn,

die am 5. Oktober letztlin stattfand, hatten sich die in der Landschaft gelegenen Ortschaften in einen schönen Festschmuck geworfen. Sämtliche Stationen der Bahn, Langenthal voran, dann Roggwil, St. Urban, Ziegelei, Rottal, Untersteckholz und Melchnau strahlten im Blumenschmuck, und die Schuljugend, die Gesang- und Musikvereine, sowie zahlreiche Ehrenmetschen in der heimatlichen Bernertracht, sparten nicht mit ihren Gaben, die zahlreich erschienenen Gäste zu erfreuen. Leider war das Wetter der Feier nicht besonders günstig, es trieb die Gäste bald in den Gasthof zum Löwen in Melchnau, allwo die offizielle Einweihungsfeier stattfand. Aus der Rede von Herrn Grossrat Rufener, Präsident des Verwaltungsrates, vernahm man dann, daß die Bemühungen um die Bahn in das Jahr 1910 zurückreichen und daß mit dem Bau schon 1913 begonnen wurde.



Zur Einweihung der Langenthal-Melchnau-Bahn.

Der Krieg aber schien eine zeitlang alle Arbeit zu nichte zu machen. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, bis die Bahn dem Betrieb über-

geben werden konnte. Nun aber hat starker Wille, Beharrlichkeit und eiserne Ausdauer doch ein Werk zu stande gebracht, das den aufgeschlossenen

Ortschaften sicherlich zum Heil und zum Fortschritt dienen wird, und dessen Segen wiederum dem ganzen Vaterlande zu gute kommt.



Letzten Dienstag hat der Bundesrat Beschlüsse von großer Tragweite gefaßt. Vom 22. Oktober hinweg müssen an Sonn- und Feiertagen sämtliche Läden und Verkaufsmagazine geschlossen bleiben und dürfen an Werktagen nur von 8½ Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet werden. Die Kantone können gewisse Ausnahmen erlauben. Ferner: Sämtliche Wirtschaften müssen um 11 Uhr abends geschlossen werden. Sie dürfen, sofern nicht regelmäßig Frühstück verabreicht wird, nicht vor 9 Uhr morgens geöffnet und geheizt werden. Nach 9 Uhr abends ist die Abgabe von warmen Speisen und Getränken verboten. In Hotels und Pensionen, soweit es sich nicht um Höhenkurorte handelt, dürfen nur ein Viertel, höchstens die Hälfte der Logierzimmer geheizt werden. — Kinos, Varietés und ähnliche Etablissements dürfen im Monat an 12 Tagen nicht geheizt und geöffnet werden. Für Stadttheater und Kon-

zertsäle erlassen die Kantone besondere Bestimmungen. In Versammlungsräumen darf die durch die Heizung erreichte Temperatur 13 Grad nicht überschreiten. — Die Arbeitszeit für Schulen, sowie für private Bureaux jeder Art wird auf die Zeit von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends festgelegt. Für die öffentlichen Verwaltungen ist diese Vorschrift nicht unbedingt aufgestellt, doch sollen sie sich, wenn irgend möglich, auch nach ihr einrichten. — Die Kantonsregierungen haben die vorgesehenen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. —

In der Pariser „Humanité“ wird in einem längeren Artikel die Frage der Kohlenversorgung der in der Schweiz lebenden Franzosen erörtert und die Regierung aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, daß der kritischen Lage der Interessierten ein Ende bereitet werde. Sie schreibt: Frankreich hat die Pflicht, das Minimum von Waren, die die in der Schweiz wohnenden Franzosen benötigen, zu beschaffen. —

Die Sammlung des Hilfskomitees für notleidende Schweizer in den kriegführenden Staaten hat bis jetzt 1,700,000 Franken ergeben. Davon wurden ausbezahlt an Schweizer in Frankreich gegen 700,000 Fr., in den vom Feind okkupierten Gebieten in Nordfrankreich

66,134 Fr., in Belgien 65,000 Fr., in Deutschland 150,000 Fr., in England 2960 Fr., in Italien 9573 Fr. usw. Für Unterstützung in der Schweiz und für Unkosten bis Ende dieses Jahres zirka 212,000 Fr. Es bleiben noch verfügbar zirka 410,000 Fr. —

Postküde aus der Schweiz nach Griechenland können wiederum über Chiasso und Italien zur Beförderung angenommen werden. Sie müssen jedoch von amtlichen Ursprungszeugnissen begleitet sein und es dürfen keine Maßnahmen auf sie erhoben werden. —

Der Bundesrat hat beschlossen, den reduzierten Fahrplan auf den 22. Oktober nächstlin in Kraft treten zu lassen und gleichzeitig auf diesen Tag die Abgabe von Retourbilleten bis auf weiteres aufzuheben. —

Um unliebsamen Mißbräuchen zu begegnen, hat der Bundesrat beschlossen, daß vom 10. Oktober an jedermann, der in gewinnstüchtiger Absicht die Internierung oder die Heimtschaffung von Kriegs- oder Zivilgefangenen vermittelt, mit Gefängnis bis zu einem Jahr und einer Buße bis zu 5000 Fr. bestraft werden soll. Wer solches Vermitteln gewerbsmäßig betreibt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit

einer Buße von 10,000 Fr. bestraft. Die Vermittlungen sind in der Schweiz auch dann strafbar, wenn sie im Auslande begangen wurden. —

Die schweizerische sozialdemokratische Partei hat beschlossen, die waadtländische Initiative zur Verfassungsrevision im Sinne einer Volkswahl des Bundesrates zu unterstützen. —

Unter den Schweizerischen und den seit mindestens 3 Jahren in der Schweiz niedergelassenen Künstlern wird ein Plakatwettbewerb veranstaltet zur Gewinnung eines Entwurfes im Format 128/90,5 cm in vier Farben nach freier Wahl. Das Motiv soll Handel, Industrie und Gewerbe der Schweiz verkörpern; ein Hauptaugenmerk soll auf die Schrift gelegt und darauf Rücksicht genommen werden, daß sie für die deutsche, französische und italienische Sprache ausgetauscht werden kann. Der Text heißt: „Besucht die Schweizerische Mustermesse in Basel 1918 vom 15. bis 30. April 1918.“ Die Entwürfe sind bis zum 6. November 1917 an das Messebureau in Basel, Gerbergasse 30, einzuliefern. —

Herr Minister Sulzer hat sich dieser Tage in Amerika zum ersten Male in einer größeren Rede hören lassen. Es war am Bankett, das der Schweizerklub von Washington der Schweizerischen Mission gab. Mit Bezug auf die Embargofrage sagte er: Unsere Bevölkerung ist von einer Brennmaterial-, Lebensmittel- und Rohstoffnot bedroht. Unser Land erwartet schwere Tage. Wird es moralisch stark genug sein, um diesen Leiden zu trotzen? Ich glaube ja! — Man hat behauptet, daß zwischen den Deutschschweizern und den Welschschweizern eine Kluft bestehe. Dies ist nicht wahr! — Er hat hierauf die Schweizer in Amerika, ihm ihr Vertrauen zu schenken, um ihm den Erfolg seiner Anstrengungen zu erleichtern. —

Die Befürchtungen, daß demnächst die Brottration herabgesetzt werden müßte, trifft vorläufig glücklicherweise nicht zu. Die Getreidevorräte, die das eidgenössische Oberkriegskommissariat besitzt, reichen voraussichtlich bis zum Februar 1918 und mit der einheimischen Ernte kann das Getreide bis zum April gestreckt werden. Man hofft aber fest, daß wir vom 15. November ab wieder Getreide aus den Vereinigten Staaten erhalten werden, so daß mit den neuen Zufuhren die Streckung bis zur nächsten Ernte möglich sei. —

Nach einer soeben veröffentlichten Zusammenstellung der vorläufigen Kriegsteuerergebnisse beläuft sich der Steuerertrag auf insgesamt 123,819,560 Franken. Davon entfallen auf die natürlichen Personen 92,114,105 Fr. und auf die juristischen Personen 31,705,455 Franken. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, beläuft sich der Steuerertrag der natürlichen Personen auf 23,7 Fr., der juristischen Personen auf 8,2 Fr., zusammen auf 31,9 Fr. Die Zahl der Steuerpflichtigen betrug insgesamt 369,711. Steuerpflichtig waren insgesamt 9,15 Prozent der Wohnbevölkerung. —



Der Pfarrverein des Kantons Bern ist dem Verbands der Festbesoldeten als Kollektivmitglied beigetreten. —

Dieser Tage hatte sich vor dem Amisgericht in Schloßwil ein Landwirt mit zwei Söhnen wegen Milchfälschung und Gehilfenschaft zu verantworten. Der Vater wurde zu 60 Tagen Gefangenschaft, 400 Fr. Buße und vier Fünfteln der Kosten, der ältere Sohn zu 30 Fr. Buße und einem Zehntel der Kosten und der jüngste Sohn zu einem Zehntel der Kosten verurteilt. —

Ins hat eine fahrbare Briestaubestation erhalten, die das allgemeine Interesse zurzeit auf sich zieht. Auf einem Fourgon ist der Taubenschlag eingerichtet. Von der Station Thun werden die gefiederten Depeschenträger ganz jung in den Schlag placiert und mit der Trainierung gewartet, bis sie in der Gegend orientiert sind. In Käfigen werden sie dann an den Grenzort getragen und von dort mit Depeschen fliegen gelassen. —

Im Kohlenbergwerk der Firma Weimann aus Zürich in Gondiswil wird schon seit einiger Zeit eine große Masse kostbarer Kohle zutage gefördert und zwar, wie es heißt, ohne große Schwierigkeiten, da der Brennstoff nur etwa drei Meter unter der Erdoberfläche liegt. Es werden immer noch Leute angestellt. Für die Gegend ist es ein Glück, daß die Erdschätze gerade jetzt, in dieser teuren Zeit, entdeckt wurden, denn die dabei zu verdienenden Bakzen kommen manchem armen Manne sehr gelegen. —

Nächsten Sonntag, 14. Oktober, findet in Langnau der oberemmentalische Hornussertag statt. —

Am 6. Oktober verschied in Langenthal im hohen Alter von 87½ Jahren einer der ältesten Bewohner der Ortschaft, Herr J. G. Künzli, Inhaber eines Leinwandgeschäftes, ein Mann, der sich in jüngeren Jahren mit Erfolg am öffentlichen Leben beteiligte und jahrelang das Amt eines Vizepräsidenten des Gemeinderates bekleidete. —

In Röschenz, Amtsbezirk Laufen, landete letzte Woche ein französischer Flieger, dem es vor seiner Gefangennahme und Internierung gelang, den Apparat in Brand zu stecken, weil er glaubte, wie er sagte, sich auf deutschem Boden zu befinden. Er kam von Essen her, wo er einige Bomben abgeworfen hatte, flog über Basel, wo er von Schweizerischen Truppen heftig beschossen wurde. —

Letzten Sonntag fand in Oberönz die feierliche Uebernahme der neuen Wasserversorgung der Gemeinde an der untern Denz statt, die von Herrn Ingenieur Knyler in Bern erstellt wurde. —

Die Arbeiten an der Pulverfabrik in Wimmes machen große Fortschritte. Bereits sind schon einige Gebäude aufgerichtet, und wenn man von Spiez nach

Wimmis fährt, könnte man meinen, es sei dort herum eine neue Stadt im Entstehen. Mehr als 300 Arbeiter sind zurzeit am Bau der Fabrik beschäftigt. —

Der Flurgenossenschaft Zäziwil bewilligte der Bundesrat an die Kosten der Entwässerung einer Fläche von 140 Hektaren Land im Betrage von 250,000 Franken einen Beitrag von 23% gleich 57,500 Franken. —

Der Bieler Stadtrat hat die Erstellung von Gemeindebauten beschlossen und hierfür einen Baukredit von 250,000 Franken bewilligt, die auf dem Anleihsenwege zu beschaffen sind. —

In der Molkerei Artenen ist der neunjährige Walter Schlupe in die Trestergrube gefallen und darin, da niemand in der Nähe war, der ihn hätte retten können, elend erstickt. Er hatte ein großes Gefäß nach der Grube geschleppt und wollte es entleeren. —

In Gafel bei Köniz ist der 13jährige Rudolf Spindler, der bei der Dreschmaschine behilflich war, von der Bühne so unglücklich auf die arbeitende Maschine gefallen, daß er vom Selbstbinder erfaßt und schwer verletzt wurde. Er starb nach einer Stunde schweren Leidens. —

Die in den Gemeinden der untern Emme zugunsten der Anstalt Gottesgnad veranstaltete Sammlung ergab die schöne Summe von 4085 Fr. in bar und eine große Zahl schöner Naturalgaben. —

In Milten ob Schwarzenburg spielte das 5½jährige Mädchen Lisette Häusler mit Zündhölzchen, während die Eltern auf dem Felde arbeiteten. Die Kleider des unglücklichen Kindes fingen Feuer und das Mädchen erlitt so schwere Brandwunden, daß es nach qualvollen Stunden starb. —

Letzte Woche fand in Belp ein Knabe von Englisberg, als er in die Schule ging, im Walde ob dem Krankenhaus einen Erhängten, der als ein gewisser Bränimann agnosziert worden ist. Was den Lebensmüden in den Tod trieb, ist nicht bekannt. —

Die staatlichen gewerblichen Lehrlingsprüfungen im Kreis Mittelland finden am Montag, Dienstag und Mittwoch, den 15., 16. und 17. Oktober nächsthin, statt. Zur Ablegung der Prüfungen haben sich 199 Lehrlinge angemeldet, gegen 210 im Herbst des letzten Jahres. —

Die kant. Brandversicherungsanstalt in Bern meldet für den abgelautenen Monat Juli 49 Brandfälle in 49 Gemeinden, die zusammen 54 Häuser vernichtet und eine Schadenssumme von 261,840 Franken verursacht haben. Vom Januar bis Ende Juli haben im Bernerland 221 Brandfälle mit zusammen 247 Gebäuden stattgefunden, die eine Schadenssumme von 673,780 Franken verursachten. —

Der bernische Regierungsrat hat die Abstimmung über das neue Gemeindegesetz und die Wahlen der eidgenössischen Geschwornen auf den 9. Dezember nächsthin festgesetzt. Am gleichen Tage finden in mehreren bernischen Bezirken gleichzeitig die Wahlen für erledigte Bezirksbehörden statt. —



Pro September gibt das städtische Arbeitsamt folgenden Bericht heraus: Offene Stellen 1332, Arbeitsuchende 1501, Besetzte Stellen 921. Ueber die Lage des Arbeitsmarktes ist zu bemerken: Für Berufsarbeiter übersteigt immer noch in fast allen Berufen das Angebot die Nachfragen, dagegen gehen die Aufträge für Hilfsarbeiter in der Metallindustrie stark zurück, wohl infolge der Abnahme von Aufträgen für Kriegslieferungen. —

Letzte Woche versammelten sich in Bern 230 Vertreter der schweizerischen Schuhhändler und erklärten sich mit der Einführung eines Einheitsfußes, dessen Vertrieb sie mit geringem Verdienst übernehmen würden, einverstanden. Der Zentralvorstand der Schuhhändler erhielt Vollmacht, weitere Unterhandlungen mit den Bundesinstanzen anzubahnen. —

Die städtische Gasanstalt hat ausgerechnet, daß der Selbstkostenpreis des Kubikmeters Gas seit dem Inkrafttreten des neuen Wirtschaftsabkommens mit Deutschland, bezw. seit den neuen erhöhten Kohlenpreisen unter Berücksichtigung des erhöhten Marktwertes der Nebenprodukte der Gasgewinnung auf 27,43 Rappen zu stehen kommt. Der Gaspreis muß daher von der Aufnahme des Novemberstandes hinweg auf 28 Rappen per Kubikmeter festgesetzt werden. Für die minderbemittelte Bevölkerung stellt er sich auf 25 Rappen. —

Das städtische Brennstoffamt, Bundesgasse 17, im Erdgeschoß (Bureauzeit 8—12 und 2—7 Uhr) gibt bekannt, daß diejenigen, die für diesen Winter noch Kohlen bedürfen, die notwendigen Bezugsformulare bei ihm zu beziehen haben, da auf die Verfügung der kantonalen Kommission für Kohlenverteilung vom 20. September 1917 hin in der Gemeinde Bern ohne Bezugsbewilligung des städtischen Brennstoffamtes von den Kohlenhandlungen keine Kohlenlieferungen mehr gemacht werden dürfen. Da der Bedarf an Kohlen zurzeit nicht voll gedeckt werden kann, so wird vorerst nur für ein Viertel (1/4) des für die Heizperiode 1. Oktober 1917 bis 31. März 1918 notwendigen Bedarfes eine Bezugsbewilligung erteilt. Es sollen sich deshalb zum Bezuge nur solche Personen melden, deren Kohlenvorrat einen Viertel ihres für die Heizperiode 1917/18 erforderlichen Gesamtbedarfes nicht erreicht. —

Die Wohnungsnot in der Stadt ist geradezu eine erschreckende. Während ein Hotel nach dem andern und ebenso viele Wohnhäuser entweder von ausländischen Gesandtschaften oder dann zu Bureauumllichkeiten des Volkswirtschaftsdepartements ausgemietet werden, wissen viele Familien, man spricht von über 100, nach dem nächsten 1. November noch nicht, wo sie ihre Möbel unterbringen und wohnen sollen. —

† Charles Eugène Perret-Ruhn,
gew. Architekt in Bern.

Unerwartet ist lehtthin ein tüchtiger Architekt und guter Mensch gestorben, ein Mann, der sowohl bei Freunden, Kollegen und Bekannten wie bei den



† Charles Eugène Perret-Ruhn.

Arbeitern und den Unternehmern geschätzt und geschätzt war: Herr Charles Eugène Perret-Ruhn. — Geboren 1872 in Bonwillars in der Waadt, wo sein Vater ein großes Knabeninstitut leitete, besuchte er die Schulen von Yverdon und die Akademie von Neuenburg, wo er sich als flotter Zofinger-Student zum Architekten ausbildete. Später vervollständigte er seine Studien an der Kunstschule von La Chaux-de-Fonds und siedelte im Jahre 1893 nach Bern über. Hier trat er in das Baubureau des Herrn von Wurtemberg ein, in dem er bis zu seinem Tode, d. h. ununterbrochen nahezu 25 Jahre tätig war, und zwar zuerst als Angestellter und seit etwa zehn Jahren als selbständig praktizierender Architekt und Teilhaber der Firma. Der Verstorbene pflegte, zusammen mit Herrn v. Wurtemberg, speziell die Erstellung von Herrenhäusern und Villen. Die letzten Bauten, zu denen er die Pläne entwarf und die Bauleitung führte, waren die Häuser der Wohnungsgenossenschaft Marzili, in welcher Gesellschaft er zugleich Mitglied der Baukommission und des Aufsichtsrates war. In den letzten Jahren versah Herr Perret auch das Amt eines Kreisjägers der kantonalen Brandversicherungsanstalt in Bern. Ein arbeitsfreudiger und werktätiger Mann ist mit Herrn Perret dahingegangen, dem der Tod allzufrüh ein Ziel gesetzt hat, deshalb ist die Trauer um den kaum 45-jährigen Verstorbenen in seinen Kreisen auch eine allgemeine. —

Das städtische Lebensmittelamt ist in der Lage, an Familien mit bescheidenem Einkommen ein größeres Quantum Kartoffeln aus Deutschland zum Preise von 12 Fr. per 100 kg abzugeben. Familien, die im Besitze der gelben Ausweiszettel sind und solche Kartoffeln wünschen, sind gehalten, sich bis zum

22. Oktober nächsthin auf dem Lebensmittelamt der Stadt Bern, Stadtpolizei, Zimmer Nr. 17, anzumelden. —

Der jüngst verstorbene Herr Pfarrer Strahl, der schon zu Lebzeiten unendlich viel Gutes getan hat, hat der Mädchentaubstummenanstalt in Wabern mit besonderer Zweckbestimmung 5000 Fr. vermacht. —

Die Leitung unseres Stadttheaters hat im offiziellen Verkehrs-bureau Bern für die Spielsaison 1917/18 eine Billettverkaufsstelle eingerichtet. Sie dient ausschließlich dem Vertrieb der Tageskarten und ist von 9—12½ und von 2—5 Uhr geöffnet. —

Die städtische Schuldirektion veranstaltet diesen kommenden Winter in den Schulküchen der Schulhäuser für Frauen und Töchter aus dem Arbeiterstande wieder Kochkurse. Sie finden jeweils abends statt und werden durch Haushaltungsschullehrerinnen geleitet. —

Als Nachfolger des verstorbenen Herrn Prof. Dr. Kocher hat der Regierungsrat zum Direktor der Poliklinik für Chirurgie auf dem Berufswege Herrn Prof. Dr. de Quervain, zurzeit ordentlicher Professor für Chirurgie in Basel, gewählt. —

Der bernische Verein für Handel und Industrie, der Verband reisender Kaufleute und der Kaufmännische Verein in Bern haben an die Handelsfirmen Berns ein Zirkular gerichtet, worin sie um Ausrichtung einer Teuerungszulage von 10 bis 20 Prozent an die Handelsangestellten ersuchen. Ferner stellen sie das Gefühl, es möchte Handelsangestellten, die eine Lehrzeit gemacht haben, keine Saläre mehr unter 150 Fr. monatlich bezahlt werden. Betreffend die Lohnzahlung während des Mobilisationsdienstes wünschen sie, die Prinzipale möchten an der Norm, die sich herausgebildet habe, festhalten, nämlich: für Ledige 40—70 Prozent des Gehaltes, für Verheiratete 60—100 Prozent des Gehaltes auszubehalten. —

Der schweizerische Schuhhändlerverband hat seinen Wohnort von Zürich nach Bern verlegt. Zugleich wurde ein eigenes Verbandssekretariat ins Leben gerufen und als Verbandssekretär Herr Fürsprech Werner Hügli, Marttgasse 37, in Bern gewählt. Als Zentralpräsident amtet Herr J. Matti, Mittelstraße 11, in Bern. —

Ein Streit hat sich in der Stadt durch die Brotkarte herausgebildet. Viele Kunden verlangen nun, daß ihnen die Bäcker das Brot vorwiegen, während sich die Bäcker weigern. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß ein Kilogramm Brot nur 950 Gramm wiegt, während doch der Kunde ein Recht zu haben glaubt, daß er das ohnehin knappe Brot zum Vollgewicht erhalte. Darüber, ob die Bäcker das Brot inskünftig vorzuwiegen haben oder nicht, wird wohl noch eine behördliche Verfügung zu kommen haben. —

Ein Käsehändler unserer Stadt, der sich gegen den Wucherparagrafen vergriffen und die Höchstpreise überschritten hatte, wurde vom Polizeirichter zu einer Buße von 200 Fr. verurteilt. —

Zwei Französinen reisten dieser Tage im Lande herum und hauierten mit Spizen, Vasen usw. Sie konnten u. a. auch eine hiesige Geschäftsfrau dazu bewegen, ihnen einige angeblich antike Vasen für mehrere hundert Franken abzukaufen. Als die Frau nachher die Vasen durch einen Antiquar schätzen ließ, stellte es sich heraus, daß sie gewaltig übers Ohr gehauen worden war. Die beiden Reisenden nahmen zwar auf die Reklamation hin die Vasen wieder zurück und erstatteten den Kaufpreis, aber die Polizei nahm sich doch ihrer etwas an, da sie kein Hausierpatent besaßen und des unreellen Geschäftsgewarens überführt waren. — Die Stadtpolizei hatte überhaupt vergangene Woche wieder ordentlich zu tun. Eine Frauensperson mußte wegen Schuhdiebstahl verhaftet werden. Eine Frau und ein Gelegenheitsarbeiter wurden wegen Fundverheimlichung eingestekt und ein

Giftmauser, der sich an der Mehrgasse den Raub einer Ladenkasse zuschulden kommen ließ, wurde ebenfalls hinter Schloß und Riegel gesetzt. —

Neben den bereits gemeldeten Ein- und Zweifrankentücken zirkulieren nun auch falsche Fünffrankstücke in der Stadt. Sie tragen das Bildnis Louis Philipps, Jahrgang 1847, und wiegen 18 Gramm. Es heißt also doppelt und dreifach aufpassen, wenn man nicht zu Schaden kommen will. —

Die Butteralamität scheint für Bern auf einige Zeit behoben zu sein, wenigstens sieht man sowohl in den Läden wie auf dem Markte wiederum schöne Ballen dieses gelben, einladenden Fettes, so daß, wer Geld hat, sich mit Einsiederbutter genügend versehen kann. Aber eben, wer Geld hat! —

Es ist eine Freude, wie jetzt Obst auf die Dienstag-, Donnerstag- und Samstag-Märkte aufgeführt wird, aber

die Preise sind immer noch zu hoch, und dann fehlt die große Kauflust, denn mancher Familienvater denkt in dieser Zeit auch zuerst an das Anschaffen von Kohlen und Kartoffeln, statt an das Einfellern von Obst. —

Gegenüber dem Stadttheater, beim Eingang zur Kornhausbrücke, ist für in Bern diensttunende Wachmannschaft eine Militärbarade errichtet worden, die ihr als Unterkunftslokal dient. Die bisher benützten Unterkunftslokale mußten anderweitig verwendet werden. —

Am 1. Oktober wurde der Traingefretzte Gottfried Fund, Erdarbeiter, Landsturm-Train-Komp. 18, von der Stadtpolizei Bern wegen Betrunktheit und Skandal in Arrest gesetzt. Am 2. Oktober erhielt der Arrestant noch die Morgen- und Mittagverpflegung. Nach 2 Uhr nachmittags fand man ihn erhängt. Eine militärgerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. —

Krieg und Frieden.

Es ist dieser Tage offenbar worden, welchen Sinnes die deutsche Regierung ist, und man kann nicht scharf genug betonen, was diese Regierung befannt hat. Wer einen Augenblick lang glaubte, die Friedensverhandlungen seien ernsthaft zu nehmen, der mag nun gründlich enttäuscht sein. Tatsächlich kann man die Reden der deutschen Regierungsmänner im Reichstag nicht anders nennen als neue Kriegsgreden, die das Ende der päpstlichen Bemühungen bedeuten, wie sehr die Schuld daran auch dem Feinde zugeschoben werde.

Seit Wochen trieb die neue alldeutsche „Vaterlandspartei“, der die Regierung nicht offiziell, aber sicher angehört, eine unerhörte Kriegsbeize nicht nur im Hinterlande, sondern vorzugsweise bei der Armee. Wie vorsichtig man auch zu Werke gehen mußte, es war doch offenbar, wie die Bewegung von amtlicher Seite geduldet und gefördert wurde. Die Mehrheitsparteien nun interpellierten darüber den Kanzler, der, um die Sache zu vertuschen, den Vizekanzler Helfferich vortreten ließ. Die brüste Art dieses Herrn vermehrte nur die Verstimmung. Man erklärte sich unbefriedigt. Ebenso von der Rede des Kriegsministers von Stein. Als der Kanzler schließlich selber sprechen mußte, gab er die Tatsache zu, allerdings in der Form einer ungeschuldigen, wohlbekannten und verehrten Institution der deutschen Armee: des „vaterländischen Unterrichtes“. „Jedermann werde begreifen, daß an der Front die Pflege des geistigen und sittlichen Lebens vonnöten sei. Wer die Tätigkeit der Behörden in dieser Hinsicht beobachtet habe, müsse bezeugen, daß sie von großem Segen für die Soldaten sei. Und am Ende müßte doch den Soldaten die Weigerung der Feinde, Frieden zu schließen, klar gemacht werden.“ Das war ungefähr das Geständnis des Kanzlers. Natürlich, daß ein Teil der Opposition von dieser Offenheit ergriffen wurde und einsah, wie ungeschuldig die Behörden waren und wie sehr man sie angeschwärzt habe. Und daß

der Kanzler allen Parteien gegenüber seine Objektivität befandete, das rührte die Gutmütigen erst recht. Andern Tags unternahm dann die Regierung eine Attade, um einen Keil zwischen die Parteien der Mehrheit zu treiben. Staatssekretär Capelle erklärte unter stürmischer Entrüstung der Rechten die Linkssozialisten als Mitschuldige bei den Hochverratsversuchen unter der deutschen Marine. Der Hauptagitator hätte mit drei Reichstagsmitgliedern Belpredungen im Reichstagsgebäude gehabt. Haase und Dittmann protestierten. Die Vorkommnisse seien von Anfang an zu politischen Affären ausgeschlachtet worden und würden es heute wieder, während es sich in Wahrheit um die Lage der Marinetruppen und ihre Besserstellung handelte. Wären sie, die Reichstagsmitglieder, bei den Gerichtsverhandlungen als Zeugen aufgerufen worden, die harten Urteile wären anders ausgefallen. Und so fort. Man merkte, daß die unabhängigen Sozialdemokraten mit schlechtem Gewissen und sehr vorsichtig sprachen. Immerhin war von Anfang an klar, daß die Regierung damit nichts anderes beabsichtigte, als den Antrag der Unabhängigen, nämlich der Regierung das Mißtrauen des Reichstages auszusprechen, zu parieren. Der Kanzler ging in dieser Absicht noch weiter. Im Verlauf der Debatte erklärte er, die Linkssozialisten seien eine Partei, die mit ihren Bestrebungen etwas Anderes als das Wohl des Vaterlandes verfolge, nämlich das Gegenteil, deshalb nehme er sie von der Objektivität aus, die er allen andern Parteien entgegenbringe. Der Schlag wirkte. Nur die Sozialdemokraten beider Lager stimmten dem Mißtrauensvotum zu. Die Reichstagsmehrheit war für einen Tag gesprengt. Es wird sich fragen, wie lange.

Aus den übrigen Reichstagsreden klang es mehrmals durch, daß nicht Belgien die große Streiffrage bilde, sondern Elsaß-Lothringen, und daß all den Kundgebungen selbstverständlich kein deutsches Angebot mehr folgen werde, bis die Gegner selber die Hand austrecken würden.

In Rußland ist die „demokratische Konferenz“ zu Ende gegangen. Tschaidse und die Minimalisten haben Kerenski gehalten, haben seiner Regierung zugestimmt, mußten aber die maximalistischen Forderungen nach dem Ausschluß der Bürgerlichen von der Regierung wiederum annehmen. Tschernow wäre demnach auf die Seite gestellt. Jedoch genau wie nach der Moslauerkonferenz werden Befürchtungen laut, wonach die Reaktionen sich regen. Es ist nicht demontiert worden, daß Kaledin tatsächlich wieder Hetman der Donkosaken und Herr in ganz Südrußland sei. Von den Unruhen in Turkestan vernahm man nichts Neues. Dagegen haben Finnland und die Ukraine weitere Schritte zur Autonomie getan. Finnland erklärte sich als Republik, die in ihren Angelegenheiten mit Rußland verbunden sei. Die Ukraine besitzt heute eine Art eigener Verfassung und wird zur Einsetzung der Funktionäre schreiten. In Petersburg haben sich 120 Mitglieder der „demokratischen Konferenz“ als Vorparlament konstituiert, das die Regierung interpellieren wird und nach westeuropäischem Muster die Kammer durch ein Mißtrauensvotum stürzen kann. Was in dem Dunkel der aufgewühlten russischen Völker verborgen bleibt, das wird der Winter offenbaren, wenn er kommen wird mit seiner grimmigen Not.

Die Entente hat dem Papst noch nicht geantwortet. Vielleicht wird überhaupt jede Antwort ausbleiben.

In Flandern haben die Engländer abermals 11 Divisionen östlich Oern vorgeführt, „alle gesteckten Ziele genommen“, 3000 Gefangene gemacht und dabei doch nur ein Minimum an Raum gewonnen. A. F.

Mitten im Weltbrande noch muß Deutschland zum 7. Male einen Aufruf zur Zeichnung einer Kriegsanleihe an seine Söhne erlassen. Diese erneute wirtschaftliche Kraftanstrengung wird gerade in der neutralen Welt mit besonderer Spannung verfolgt werden müssen, da jetzt im Kriege sonst jeder andere Maßstab für die wirtschaftliche und finanzielle Lage eines Landes fehlt.